

14561/AB XXIV. GP

Eingelangt am 22.07.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Justiz

Anfragebeantwortung



REPUBLIK ÖSTERREICH
DIE BUNDESMINISTERIN FÜR JUSTIZ

BMJ-Pr7000/0136-Pr 1/2013

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 0
E-Mail: team.pr@bmj.gv.at

Frau
Präsidentin des Nationalrates

Zur Zahl 14869/J-NR/2013

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Verfahrensstand zum Untersuchungsgegenstand Inserate staatsnaher Unternehmen“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1, 2, 4 und 5:

Ja, es wird ein Verfahren von der Staatsanwaltschaft Wien gegen 13 Beschuldigte, und zwar gegen ehemalige Verantwortliche des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie sowie Vorstände bzw. sonstige nachrangige Entscheidungsträger und Mitarbeiter der ÖBB und ASFINAG geführt.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

www.parlament.gv.at

Zu 3 und 6:

Im Zusammenhang mit den vom Untersuchungsausschuss als Beweisthema 4 untersuchten Fällen von Inseratenschaltungen durch staatsnahe Unternehmen liegt dem Verfahren die Prüfung zugrunde, ob die Bezahlung von Inseraten durch ÖBB bzw. ASFINAG, deren Schaltung durch Verantwortliche des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie beauftragt wurde, missbräuchlich im Sinne des § 153 StGB erfolgte. Weiters wird der Verdacht einer falschen Beweisaussage nach § 288 StGB im Zusammenhang mit der Vernehmung einer Auskunftsperson durch den Untersuchungsausschuss geprüft.

Zu 7:

Im Hinblick auf die Nichtöffentlichkeit des Ermittlungsverfahrens (§ 12 StPO) ersuche ich um Verständnis, dass ich Fragen zum Stand des Verfahrens nicht beantworten kann, weil dadurch Rechte von Verfahrensbeteiligten verletzt und die Ermittlungen gefährdet werden könnten.

Wien, . Juli 2013

Dr. Beatrix Karl